

Mai 2015

Freidenker

zwischen Havel und Oder



Eine Information des Brandenburgischen Freidenker-Verbandes e.V.

8. Mai

70. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus



Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten!

Veranstaltungen zum Tag der Befreiung

8. Mai:

- 18.00 Uhr Kundgebung der VVN-BdA Berlin und VVN-Gruppe Treptow, Treptower Park, Denkmal „Mutter Heimat“
- 19.00 Uhr Niederlegung von Blumen, Veranstalter Antifaschistisches Komitee gegen Krieg und Sozialraub, Treptower Park Ehrenmal des sowjetischen Soldaten

9. Mai:

- 11.00 Uhr am Brandenburger Tor in Berlin Treff zur Demo zum „sowjetischen Panzerdenkmal“ im Tiergarten
- 11.00 Uhr Wer nicht feiert hat verloren! Stände, Kulturprogramm, russische Küche im Rosengarten am Treptower Park
- 14.00 Uhr Ehrung am sowjetischen Ehrenmal im Tiergarten, die Friko Berlin bittet auf Fahnen und Transparente zu verzichten
- 16.00 Uhr Festveranstaltung „Der Kampf geht weiter“ Werkstatt der Kulturen, Wissmannstr. 32 (Neukölln, U-Bahnhof Hermannplatz) Podiumsdiskussion, Diavortrag, Konzert Veranstalter: DKP, KKE, TKP und **DFV**
- 18.00 Uhr Hammarsköldplatz (Masurenallee) Tanz am Rande des Abgrunds – eine satirische Begleitung des Balls des Heeres zum 60. Jahrestags des Beitritts der BRD zur NATO Bitte Instrumente (Töpfe, Rasseln, Vuvuzelas) mitbringen.
(siehe Erklärung der GBM weiter unten)

10. Mai:

- 12.00 Uhr Demonstration „70 Jahre Befreiung von Faschismus und Krieg“ vom Hackeschen Markt zum Bundestag
(Aufruf hier im Anschluß)

8. Mai 2015 - 70 Jahre „Tag der Befreiung“



Aufruf zur Demonstration am 10. Mai:

Nein zu Krieg und Faschismus - Für eine Politik der Verständigung und friedlichen Konfliktlösung

Die befreiten Antifaschisten des KZ Buchenwald hatten geschworen: "Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel."

Nach der Befreiung Europas von Faschismus und Krieg vor 70 Jahren, bestand mit der Stärkung des Völkerrechts die Hoffnung auf die friedliche Lösung von Konflikten in den internationalen Beziehungen. Doch noch nie nach 1945 gab es mehr militärische Aggressionen und bewaffnete Konflikte als heute. Mehr als 16.000 Atomwaffen können alles menschliche Leben auf dem Planeten auslöschen. Weltweit werden je-des Jahr 1.700 Milliarden Dollar für Krieg und Rüstung ausgegeben. Neue Kriegsformen drohen. Der Einsatz von Kampfdrohnen senkt schon jetzt die Schwelle zum Krieg und untergräbt das Völkerrecht.

Wir wollen eine Welt ohne Krieg! Keine Kampfdrohnen! Atomwaffen abschaffen! Abrüstung jetzt!

70 Jahre nach Ende des von Deutschland verschuldeten Weltkrieges sind deutsche Soldaten wieder an Interventionskriegen beteiligt. Die Bundesregierung duldet Kriegsvorbereitungen und Interventionen durch militärische Verbündete von deutschem Boden aus. Die Regierenden möchten die „neue deutsche Verantwortung“ in Form weltweiter Militäreinsätze verwirklichen und Krieg zur Normalität machen. Selbst Kinder und Jugendliche sollen bereits dafür begeistert werden. Wir wollen ein Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr! 70 Jahre nach dem Krieg Deutschlands gegen die Welt kann Verantwortung nur heißen: Nein zur Militarisierung der
Freidenker zwischen Havel und Oder



Sowjetisches Ehrenmal in Finsterwalde, Tag der Befreiung 24.04.1945

Gesellschaft. Nein zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik.
Nein zum Export von Waffen.

Der Krieg findet auch wieder in Europa statt. Deutschland trägt

Freidenker zwischen Havel und Oder

Mit-schuld an der gefährlichen Entwicklung und dem Krieg in der Ukraine. Die Initiative der deutschen Kanzlerin und des französischen Präsidenten im Februar zum Minsker Abkommen war ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir treten ein für einen umfassenden Friedensprozess unter Beteiligung aller Konfliktparteien.

Kriege werden auch in den Köpfen vorbereitet: Der Hass auf den Anderen, die Ablehnung des Neuen und Unbekannten, des Fremden, das Treten auf den noch Schwächeren sind Bestandteile einer inhumanen, neoliberalen Gesellschaftsordnung, die Militarismus und Krieg, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Feindbilder und Nationalismus in sich trägt wie die Wolke den Regen.

Wir wollen ein Leben in Solidarität und Partnerschaft, eine Politik der Verständigung und der gemeinsamen Sicherheit. Historische Verantwortung muss heißen: Nach der „verbrannten Erde“ und den 27 Millionen Toten, die der deutsche Faschismus allein in der Sowjetunion hinterließ, muss sich gerade Deutschland offensiv für eine Entspannungspolitik mit Russland einsetzen, die die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten berücksichtigt.

70 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg heißt Frieden für uns:

- **nein** zu Gewalt und Unterdrückung,
 - **ja** zu friedlichen Lösungen von Konflikten,
 - **ja** zu Demokratie und Partizipation,
 - **ja** zu einer offenen Gesellschaft und sozialer Gerechtigkeit.
- Ohne Gerechtigkeit kann es keinen Frieden und keine Gewaltlosigkeit geben.

•

Dafür wollen wir gemeinsam am 10.05. 2015 als Abschluss der vielfältigen Aktivitäten um den 8. Mai in Berlin demonstrieren.

Berliner Aktionsbündnis

"70 Jahre Tag der Befreiung" - 17. Februar 2015

Erklärung der GBM zum 60. Jahrestag des Beitritts der Bundesrepublik zur NATO

Die Bundeswehr feiert am 9. Mai im Palais am Funkturm den 60. Jahrestag des NATO-Beitritts der Bundesrepublik mit einem Ball.

In der Wahl dieses Termins spiegelt sich die geschichtsrevisio-nistische Wende der Bundesregierung wider, die es ablehnt, eigene Aktivitäten zum 70. Jahrestag der Befreiung Deutschlands und Europas vom Fa-schismus zu organisieren und durchzu-führen. Es ist gleichzeitig eine Provokation an die Adresse der Antihitlerkoalition, insbesondere an Russland, eine solche Veranstaltung am 9. Mai, dem Tag des Sieges durchzuführen. Das ist gleichzeitig eine Verhöhnung der Opfer dieses antifa-schistischen Befreiungskrieges.

Die Bundesregierung schweigt zu Versuchen von Politikern, den faschistischen Vernichtungsfeldzug Nazideutschlands in eine sowjetische »Invasion« umzudeuten und zu Ehrungen von Nazi-kollaborateuren im Baltikum und in der Ukraine.

Diese Politik der Bundesregierung fordert alle friedliebenden Men-schen unseres Landes heraus, für die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr, für die Einstellung aller Waffenexporte, für die Ent-fernung der US-Atomwaffen von deutschem Boden und weiter für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts einzutreten.

Ein Blick zurück:

Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge erlangte die BRD im Jahre 1955 „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ (Pariser Verträge). Der Beitritt der Bundes-republik zur NATO im Mai 1955 festigte die politische und militäri-sche Bindung an die Strategien der West-mächte, insbesondere der Führungsmacht USA.

Von einem angeblichen „Verteidigungsbündnis“ über „Sicherheit durch militärische Abschreckung“ (Pariser Verträge) entwickelte sich die NATO und in deren Verbund die Bundeswehr zu einem aggressiven, überall in der Welt agierenden Globalplayer. NATO bedeutet Globalisierung des militärischen Interventionismus, bedeutet Krieg als Mittel einer menschenfeindlichen Politik sowie

die weltweite Führung des US-Imperialismus und einer deutschen Teilhabe daran.

Der ehemalige NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer machte das in seiner Rede anlässlich des 50. Jahrestages des deutschen NATO-Beitritts am 11. Mai 2005 deutlich: „Kein Staat kann es sich deshalb heute noch erlauben, Streitkräfte zu unterhalten, die alleine der Territorialverteidigung dienen. Wir brauchen Streitkräfte, die schnell reagieren und über große Entfernungen hinweg zum Einsatz gebracht werden können. Wir brauchen Soldaten, die das gesamte Spektrum vom Kampfeinsatz bis zu Friedenserhaltung abdecken können. Und wir brauchen Streitkräftestrukturen, die so beschaffen sind, dass mehr Soldaten für Auslandsmissionen bereitgestellt werden können“. Und er betonte: „Die neu aufgestellte Bundeswehr war von Anfang an eine klassische „NATO-Armee“. Dass dieses Konzept konsequent verfolgt wurde, hat sie seit dem Anschluss der DDR und dem Ende des Sozialismus in Europa als NATO-Mitglied unter Beweis gestellt. Sie trägt als Interventionsstreitmacht die Weltordnungskriege des US-Imperialismus mit, sei es im direkten Fronteinsatz, im Aufklärungsdienst für US-amerikanische Bomben- und Drohneneinsätze oder als wichtiger Logistik-Dienstleister. In diesem Sinne agiert die Bundeswehr auch im Rahmen der als NATO-Osterweiterung firmierten Einkreisung Russlands. Als „Speerspitze“ in neu angelegten Stützpunkten in Grenznähe zu Russland soll und will sie nun „Führungsqualitäten“ im NATO-Bündnis beweisen. Für immer mehr Menschen bedeuten NATO und Bundeswehr Unfrieden, Destabilisierung ganzer Regionen und die Rückkehr des Krieges nach Europa - so mit der Bombardierung Jugoslawiens, mit dem in der Ukraine erzwungenen Regime Change und der Umwandlung des Landes in einen Frontstaat gegen Russland.

Wir protestieren ganz entschieden dagegen, dass der 9. Mai von der Bundeswehr im Verbund mit der NATO missbraucht wird.

Wir blasen ihr für diese Provokation den Marsch.

Von den Nachdenkseiten: **Die Antisemitismus-Kampagne gegen links**

Verantwortlich: Jens Berger



Auf Erhebungen und Widerstand reagieren die Medien stets mit Spaltungs- und Diskreditierungsversuchen wider die politische Opposition. Da ist, so wird behauptet, die Friedensbewegung dann mal eben „Querfront“, besteht der Blockupy-Protest aus einem Haufen gefährlicher „Radikaler“ und „Extremisten“ und wird ein zu Gentrifizierung forschender Wissenschaftler zum „Terroristen“. Und da ist eine Anti-NATO-Position eben „antiamerikanisch“ und friedenspolitisches Engagement durch „Antisemitismus“ bestimmt. Und überhaupt sind viele linke Kritiken an den bestehenden Verhältnissen eigentlich antisemitisch konnotiert. Jens Wernicke sprach hierzu mit dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Gehrcke, der in einem aktuellen Buch eine Rufmordkampagne vermittelt des Antisemitismus-Vorwurfes konstatiert.

Herr Gehrcke, in ihrem neuen Buch „Rufmord: Die Antisemitismus-Kampagne gegen links“ thematisieren sie eine Rufmord-Kampagne gegen links-humanistische Positionen. Um was für eine Kampagne und was für einen Rufmord geht es denn da?

Es geht um Rufmord gegen linkes Denken insgesamt in seinen unterschiedlichen Ausprägungen mittels des Antisemitismus-Vorwurfs. Der politischen Linken soll Kritik an den USA, Solidarität mit Befreiungs-

bewegungen, hier besonders mit der PLO, sowie Kritik am Bankensystem offenbar ein für alle Mal ausgetrieben werden.

Ein aktuelles Beispiel dafür, wie leichtfertig und willfährig der Antisemitismus-Vorwurf erhoben wird, bietet die Haltung zur neuen griechischen Regierung. Sie war noch keine Woche im Amt als ihr die deutschen Leitmedien schon Antisemitismus vorwarfen – und der Partei DIE LINKE gleich mit.

Bezogen auf den Koalitionspartner von Syriza hält der *Spiegel* 6/2015 der LINKE nun vor, sie messe mit zweierlei Maß, weil sie „nicht nur in ihrer Wählerschaft, sondern auch in ihren Positionen Überschneidungen mit dem rechten Rand“ hätte. Und weiter: „Das beginnt beim offensichtlich unausrottbaren Antisemitismus...“ Diese infame Behauptung ist durch ständige Wiederholung inzwischen zum Stehsatz und zur vermeintlichen Wahrheit avanciert, die keines Beleges mehr bedarf. Der Bundestag hatte diesem Rufmord sogar einmal eine ganze aktuelle Stunde gewidmet.

Und dieser Vorwurf zieht inzwischen immer weitere Kreise. So war im Jahr 2010 sogar der ehemalige Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, der renommierte Prof. Wolfgang Benz, in die Nähe von Antisemitismus gerückt worden. Und in der „Kritik“ am Friedenswinter war der angebliche Antisemitismus einiger Akteure dann eines der Schlüsselargumente. Mit ihm wird inzwischen auch in innerparteilichen Kontroversen schon einmal kräftig ausgeteilt und zugelangt.

Am meisten besorgt mich jedoch, dass der Begriff des Antisemitismus in dieser Verkehrung seines Inhalts beraubt und zugleich das historisch einmalige Menschheitsverbrechen der industriellen Massenvernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden relativiert wird. Und die reale Gefahr von rechts und inhumanes Denken und Handeln werden ebenso verharmlost. Die Mitte der Gesellschaft driftet in Deutschland gerade tendenziell nach rechts, das ist das *eigentliche* Problem.

Warum reagiert die Linke denn so empfindlich auf diesen Antisemitismusvorwurf? Wäre es nicht besser, diese ganzen Kampagnen ins Leere laufen zu lassen?

Nein, denn das würde bedeuten, zur Rechtsentwicklung in unserem Land und in Europa zu schweigen, sich aus dem Konflikt Israel-Palästina **Freidenker** zwischen Havel und Oder

rauszuhalten und so Raum für Rassismus und Antisemitismus zu schaffen. Und genau das, uns und unsere Positionen zum Verstummen zu bringen, ist ja das offensichtliche Ziel der ganzen Aktion. Wer glaubt, da ginge es den Herrschenden darum, „den Linken“ ihr „Rechtssein“ auszutreiben, der hat noch nicht begriffen, was wirklich geschieht...

Außerdem: Mich trifft und empört dieser Vorwurf auch deshalb so sehr, weil er die Grundsubstanz linken Denkens infrage stellt. Und das ist und bleibt praktizierter Internationalismus, Humanismus sowie Antifaschismus als Überzeugung und Tat. Antisemitismus nun zum politischen Kampfbegriff *gegen* Antifaschisten und Linke umzuformen, ist schlicht eine ungeheuerliche Verdrehung der Tatsachen und der politischen Geschichte. Vor und während der Nazizeit galten Linke, Demokraten, Sozialisten und Kommunisten allemal, es galten Intellektuelle, bildende Künstler, Schriftsteller, Musiker, Theaterleute nämlich selbst als „*verjudet*“ – und das nicht nur in der Rechtsaußenpropaganda, sondern auch und vor allem im Alltagsbewusstsein.

Dass dieses Stigma in den letzten Jahrzehnten nun genau in sein Gegenteil verkehrt worden ist, dass namentlich Linke jetzt nicht mehr als *verjudet*, sondern als *antisemitisch* gelten, muss einem ernsthaft zu denken geben. Geschieht das zufällig oder spontan oder sind dahinter nicht vielmehr auch planende Köpfe und Netzwerke erkennbar, die hierdurch konkreten Interessen Vorschub leisten?

Aber ermuntert nicht gerade die linke Verletzlichkeit bei diesem den politischen Mainstream geradezu, immer wieder mit dem Antisemitismus-Vorwurf zu hantieren und anzugreifen?

Ja, aber das ist nicht zu ändern, zumindest kann ich es nicht ändern. Antisemitismus und Antikommunismus sind Geschwister antidemokratischen Denkens. Es ist ja auch kein Zufall, dass in rechtsextremen Bewegungen beides sehr stark verbreitet ist. Und eben deswegen trifft es Linke natürlich besonders, wenn ihnen da eine antidemokratische, inhumane Art und Weise unterstellt wird, und dann wollen sie sich umgehend rechtfertigen, entschuldigen, distanzieren. Dabei übersehen viele Linke jedoch, dass der Antisemitismus-Vorwurf gegen sie eine ganz eigene politische Stoßrichtung hat.

Meinen Sie, der Antisemitismus-Vorwurf würde instrumentalisiert?

Gegen links: Ganz klar ja. In meinem Buch zeichne ich verschiedene Antisemitismus-Kampagnen nach, anhand derer das auch belegbar ist: Gegen Attac, Günter Grass, Jakob Augstein, gegen kritische Wissenschaftler und gegen die Partei DIE LINKE.

Interessant ist dabei vor allem, dass bereits in der ersten Antisemitismus-Kampagne gegen Attac im Jahr 2003 alle Argumente angelegt gewesen sind, die in den folgenden Jahren noch entfaltet und ausgebaut wurden. Zur Erinnerung: Am 15. Januar 2003 hatte eine halbe Million Menschen in Berlin gegen den drohenden Irak-Krieg demonstriert. Presse, Funk und Fernsehen warnten vor dem Antiamerikanismus der Protestierenden und dem fließenden Übergang von Antiamerikanismus zu Antisemitismus.

Schon damals lief die Argumentation so: Attacs Kritik am Kapitalmarkt „sei anschlussfähig“ – übrigens ein weidlich genutzter Gemeinplatz – an die Unterscheidung zwischen „raffendem und schaffendem Kapital“, was eine Formel der Nazis war; Attac hinge einer Sündenbocktheorie an, wonach die Banker bzw. deren Gier am Crash schuld seien usw. usf. Das seien aber Verschwörungstheorien über das global agierende Kapital, die mühelos den antisemitischen Anschluss an entsprechende Vorstellungen des international agierenden Judentums nahelegten. Das mobilisiere Ressentiments und sei zudem verkürzte – und deshalb ebenfalls antisemitische – Kapitalismuskritik.

Gibt es Ihrer Meinung nach denn gar keinen Antisemitismus von links?

Es gibt keinen linken Antisemitismus, also keine linke Begründung oder gar Theorie zum Hass, zur Ausgrenzung oder Verachtung von Jüdinnen und Juden, weil sie Juden sind. Links ist prinzipiell *nicht* völkisch und links wird *keiner* Menschengruppe bestimmte Verhaltensweisen oder Eigenschaften andichten.

Gleichwohl ist es unbestreitbar, dass auch unter Linken antisemitisches Gedankengut anzutreffen ist. Dass auch Linke für antisemitische Sündenbocktheorien anfällig sein können, haben dabei besonders drastisch die antijüdischen Kampagnen etwa im Stalinismus gezeigt, als viele Revolutionäre aus ihren Parteien ausgeschlossen, verhaftet und gefoltert wurden, weil man ihnen als Jüdinnen und Juden generell nicht getraut

hat. In den Stalinschen Schauprozessen der 30er und dann wieder der frühen fünfziger Jahre wurde nicht zuletzt der Vorwurf des „Zionismus“ erhoben und gegen jüdische Parteimitglieder gewendet.

Man könnte es sich jetzt leicht machen und sagen: Stalin war *nicht* links, was er meines Erachtens auch nicht war. Aber die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus gehört elementar zur linken und kommunistischen Bewegung. All das spielt aber in den aktuellen Antisemitismus-Vorwürfen gegen links kaum eine Rolle – da wird ganz anders argumentiert und agiert...

Wo kommen solche Kampagnen, wie Sie sie nennen, denn her? Wer agiert hier im Vorder- und wer im Hintergrund?

Nun, es gibt ein Kartell von Meinungsträgern und Meinungsbildenden, die sich gegenseitig in den Grundlinien der deutschen Politik – vor allem der Außenpolitik – bestärken und sich die Bälle zuwerfen.

Und was den Antisemitismus-Vorwurf gegen links betrifft, so skizziere ich dieses Kartell in meinem Buch genauer. Konkret besteht es aus einem überschaubaren Kreis. Dazu gehören Journalistinnen und Journalisten in den Leitmedien wie etwa Süddeutsche, Spiegel, Zeit, FAZ, ARD, ZDF, Tagesspiegel, Berliner Zeitung, Frankfurter Rundschau; zusätzlich gewinnen auch Onlinedienste und -portale an Bedeutung. Diese Gruppe arbeitet mit rund zehn großen Stiftungen zusammen, darunter etwa Bertelsmann und Körber, die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, die regierungnahe Stiftung Wissenschaft und Politik etc. Und alle zusammen sind verschränkt mit formellen und informellen Netzwerken wie der Münchner Sicherheitskonferenz, der Atlantikbrücke, dem Centrum für angewandte Politikforschung, dem American Jewish Committee und anderen. Gemeinsam bestimmen sie eine Handvoll Wissenschaftler und 10 bis 15 Abgeordnete zu Experten, die dann zitiert werden und deren Position somit mehr und mehr an Gewicht gewinnt.

Besonders gefragt sind dabei Stichwortgeber aus der Linken, die sich abfällig bis abschätzig über die Politik ihrer eigenen Leute oder Strukturen auslassen. Das wirkt auf alle Fälle authentischer als Kritik von außen das könnte. Zudem ist berechenbar: Das wird einen erbitterten Meinungsstreit auslösen, der bisweilen skurrile Züge annimmt. Und das

wiederum schreckt Menschen ab und macht es schwer, gegen derlei so als „offensichtlich richtig“ markierte Positionen anzugehen.

Sie fragten aber, wo solche Kampagnen herkommen... Nun, sie resultieren aus konkreten Interessenlagen. Sie haben ihre Ursachen in unterschiedlichen bis gegensätzlichen Interessen. Mehrheitsmeinungen sind zwar für die Regierungspolitik außerhalb von Wahlkämpfen zu vernachlässigende Größen – man denke nur an die erstaunlich stabile Mehrheit gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr in der Bevölkerung -, auf Dauer und stabil aber ist die Einsicht in die Notwendigkeit oder gar die aktive Zustimmung der Bevölkerung nötig – oder deren Einschläferung -, um Interessen der herrschenden Klasse ohne größere Verwerfungen auch durchsetzen zu können.

Die angesprochenen Kampagnen sind dabei vor allem ein Ausdruck des „Kampfes um die Köpfe“. Dieser ist in den europäischen Ländern von zentraler Bedeutung. Viele Bürgerinnen und Bürger stehen hier nämlich vor der Entscheidung, ob sie den Ausweg aus der sozialen, politischen Misere auf der rechten Seite des politischen Spektrums suchen, der dann aber gar keiner wäre, oder ob nicht vielleicht doch ein Befreiungsschlag nach links denkbar ist. Die einen haben das Interesse, bereits das Denken in Alternativen zu tabuisieren und diskreditieren, wenn dasselbe schon nicht zu verbieten ist, während das vorderste Interesse der anderen, unser Interesse ist, Alternativen wach zu halten, zu qualifizieren und endlich durchsetzen. So ermutigend dabei beispielsweise die angesprochene Bevölkerungsmehrheit gegen Auslandseinsätze ist, so schwierig gestaltet es sich doch, dass die Meinungsmehrheit ein politischer Druckfaktor wird. Und auf eben dieses Kettenglied zielen diese Kampagnen.

Und wenn dem aktuell so ist, wie Sie beschreiben: Was täte in der aktuellen Lage dann am ehesten Not? Was würden Sie der gesellschaftlichen Linken im Land sozusagen raten, würden Sie von dieser um Rat gefragt?

Zuallererst, allen auch nur in Anklängen rassistischen Erklärungsmustern eine klare Absage zu erteilen. So wenig wie es „den Deutschen“ gibt, gibt es „den Russen“ oder „den Juden“. Und keiner von allen hat eine geringere Wertigkeit als die anderen.

Dann: Sich weniger auf Staaten zu fixieren, als sich auf Bewegungen und Menschen zu beziehen. Ich denke dabei an das Degenhardt-Lied, dass die Linke keinen Staat machen, meint: ihn eher infrage stellen soll. Wir vertreten Lebens- und Klasseninteressen der Menschen, übrigens nicht nur in unserem Land; wir sind Internationalisten.

Endlich: Nicht auf alles reinzufallen, was im Moment kampagnenartig vertreten wird, sonst wird die Linke steuer- und aussteuerbar. Ihre Stärke ist, zu enthüllen, zu erklären, was ist.

Und was den Israel-Palästina-Konflikt anbelangt, so erscheint mir die Zweistaatlichkeit immer noch die beste Lösung. Auf dieser Grundlage könnten sich durchaus Kooperation und Zusammenarbeit entwickeln. Die Linke ist in der Lage, in diese Richtung einen Beitrag zu leisten, denn sie hat Freunde und Partner in Israel und in Palästina.

Wolfgang Gehrcke ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag und Leiter des Arbeitskreises Internationale Politik (Außen-, Abrüstungs-, Menschenrechts- und Europapolitik). Er ist Mitglied im Parteivorstand der LINKEN. Buchveröffentlichungen unter anderem zur Strategiedebatte der LINKEN, Afghanistan-Politik der Bundesregierung und Syrien.

Vortrag von **Doris Pumfrey*** im *Marx-Engels-Zentrum (MEZ)*, Berlin, am 26. März 2015

Eine Vorbemerkung

Kurz vor den Ostermärschen und inmitten der Vorbereitung der Aktivitäten zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wird der Streit in der Friedensbewegung durch jüngste Artikel und Interviews in taz und junge Welt (jW) weiter angeheizt. Von der taz ist nichts anderes zu erwarten, wohl aber von der jW. Was die junge Welt angeht, so beziehe ich mich im Folgenden auf den Artikel „Formierte Gegenauflärung“ von Sebastian Carlens vom 21./22. März 2015 und auf das Interview mit Monty Schädel, dem politischen Geschäftsführer der Deutschen

Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), unter der Überschrift „Der Friedenswinter macht die Friedensbewegung kaputt“ in dieser Ausgabe.

Ich gehöre zur “alten” Friedensbewegung die, laut eines Redakteurs der jW, schon lange nicht mehr existiert. Da er aber gleichzeitig von einer “organisierten revolutionären Bewegung” hierzulande spricht, kann der Maßstab zur Bemessung der Existenz einer Bewegung eigentlich nicht sehr hoch angelegt sein.

Er schreibt, in der Friedensbewegung würde immer wieder “vollmundig” eine breite Mehrheit gegen den Krieg gefordert, die in unserer Gesellschaft aber schon längst existiert. Vielleicht ist das Thema Friedensbewegung einfach nur neu für ihn und er hat noch nicht mitbekommen, dass die Schaffung einer breiten Friedens-BEWEGUNG etwas anderes ist als Meinungen und Stimmungen in der Gesellschaft.

In der jW vom 21./22. März stellt Monty Schädel von der DFG-VK die Behauptung auf, die Auseinandersetzung mit den Mahnwachen habe die Friedensbewegung blockiert. Die Auseinandersetzung mit neuen Erscheinungen oder Bewegungen ist ein ganz normaler Vorgang. Nicht die Auseinandersetzung, sondern die Methoden dieser Auseinandersetzung sind das Problem: Pauschalisierung, Entstellung und Diffamierung. Ein Beispiel dafür hat leider auch die jW in ihrer Wochenendausgabe geliefert, in dem sie diesen Methoden auffällig breiten Raum einräumte. Warum schlägt die jW-Redaktion eigentlich das Angebot des bekanntesten Protagonisten der Mahnwachen für den Frieden aus, einfach mal miteinander und nicht nur übereinander zu sprechen?

* * *

Die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa wächst

Seit vielen Jahren mobilisiert die Friedensbewegung gegen die Aggressionen und Interventionen der USA und NATO, die sie in immer kürzeren Abständen gegen schwächere Länder führten, die sich deren Diktat nicht beugen. Die Vorwände und Lügen kennen wir. Überall hinterlassen sie Tote, Verletzte, Massenelend, Chaos, Zerstörung und Zerstückelung.

Der Staatsstreich in Kiew und die darauf folgende Entwicklung hat die Spannungen zwischen USA/NATO/EU und Russland derart erhöht,

Freidenker zwischen Havel und Oder

dass eine militärische Konfrontation in Europa – und damit ein nuklearer Weltbrand – wieder möglich ist.

Trotz dieser Gefahr wird die Situation durch anti-russische Hetze täglich angeheizt seitens der USA und ihren transatlantischen Freunden in Politik und Medien in NATO und EU. Das erleben wir hierzulande in besonderem Maße.

Einige meinen, die Friedensbewegung müsse Äquidistanz einnehmen, sie dürfe nicht den Anschein geben, mit einem kapitalistischen Russland in einer gemeinsamen Antikriegsfront zu stehen, denn es gehe hier um “einen Kampf zwischen kapitalistischen Ländern”. Nach dieser Logik hätte die Sowjetunion keine Anti-Hitler-Koalition mit imperialistischen Staaten eingehen dürfen.

Auf der einen Seite haben wir die imperialistischen Länder, den US-geführten Kapitalismus: Globale Expansion durch Aggression, Intervention, Finanzierung von Oppositions- und Terrorgruppen bis zum Regime Change. Auf der anderen Seite kapitalistische Länder, deren Entwicklung durch andere regionale und historische Bedingungen geprägt ist und die darauf angewiesen sind, ihre Souveränität gegenüber dem aggressiven Lager zu verteidigen.

In der aktuellen Zuspitzung des weltpolitischen Konflikts sind die linken Kräfte in der Friedensbewegung gefordert deutlich zu machen: Die Unterschiede und Widersprüchlichkeiten 1. zwischen den kapitalistischen 2. innerhalb des imperialistischen Lagers selbst (deutlich und für uns besonders wichtig: zwischen den USA und der Bundesrepublik). Und 3. müssen wir die unterschiedlichen Interessenslagen innerhalb der eigenen herrschenden Klasse hierzulande erkennen und nutzen.

Einige meinen, die Friedensbewegung dürfe nicht nur die USA sondern müsse auch Russland als Kriegstreiber benennen. Mit der Realität hat das nichts zu tun.

Der US-Präsident betont nicht nur immer wieder den weltweiten Führungsanspruch der USA. Er brüstet sich auch damit, dass die USA hinter dem Putsch in Kiew standen. Vor kurzem erklärte er, die USA müssten Druck und Gewalt ausüben, “wenn Länder nicht das tun, was wir von ihnen verlangen.” (<http://www.vox.com/a/barack-obama-interview-vox-conversation/obama-foreign-policy-transcript>)

Freidenker zwischen Havel und Oder

Man stelle sich vor, Putin hätte das für Russland erklärt. Oder man stelle sich vor, Russland unterstützt die mexikanische Opposition mit 5 Milliarden Dollar, organisiert einen Staatsstreich in Mexiko City, inthronisiert einen US-feindlichen Präsidenten, besetzt wichtige Posten mit Putin-Freunden, der russische Geheimdienst übernimmt die Büros des mexikanischen, russische Militärs und Söldner beraten und trainieren mexikanische Militärs und Russland hält Militärmanöver an der Grenze zu den USA ab. Oder man stelle sich vor, Russland würde die USA mit Militärbasen einkreisen, wie die USA dies mit Russland macht.

Das unerwartete Auftauchen der „Mahnwachen für den Frieden“ störte die Kriegstreiber in Politik und Medien

Die durch die Entwicklung in der Ukraine erhöhte Kriegsgefahr vor einem Jahr hat Menschen zu den „Mahnwachen“ mobilisiert, u.a. weil die „alte“ Friedensbewegung zu langsam auf die Gefahr reagierte und es in manchen, vor allem ostdeutschen Städten auch keine Strukturen der alten Friedensbewegung gab. Wie „aus dem Nichts“ liefen in kürzester Zeit Tausende zu den Friedensmahnwachen.

Die Herrschenden witterten eine Gefahr: Wenn die Mobilisierung der Mahnwachen zu gemeinsamen Antikriegsaktionen mit der traditionellen Friedensbewegung, ihren Erfahrungen und ihren bewährten Strukturen führt, könnte eine mächtige Friedensbewegung entstehen.

Ein Deutschland, das nicht nur den anti-russischen Kurs Kiews unterstützte, sondern gleichzeitig die stärkere Beteiligung der Bundeswehr an Aggressionen und Kriegen quasi zur moralischen Pflicht erklärt, auch noch eine europäische Armee schaffen möchte, solch ein Deutschland muss ein Anwachsen der Friedensbewegung verhindern.

Der Zulauf zu den Mahnwachen überraschte auch die „alte“ Friedensbewegung

Einigen in der „alten“ Friedensbewegung waren die Friedensmahnwachen suspekt und es gab auch berechtigte Fragen: Warum hatten die Organisatoren an den Orten, in denen es bereits Antikriegsstrukturen gab, mit diesen nicht zunächst Verbindung aufgenommen? Wollte sich da eine Konkurrenz aufbauen, die sich zu gegebener Zeit dann gegen

die “alte” Friedensbewegung richten könnte? Oder wollte etwa die Extremrechte Kriegsgegner ködern?

Die Mahnwachen waren und sind vor Ort z.T. sehr unterschiedlich in ihrer Zusammensetzung. Ebenso unterscheiden sich die jeweiligen Diskussionen und der Umgang mit ihnen seitens der “alten” Friedensbewegung. Überregional und vor Ort gab es heiße Diskussionen innerhalb der “alten” Friedensbewegung. Sollten Vertreter von uns den Dialog mit den Organisatoren der Mahnwachen suchen, sollten einige nicht auch bei den Mahnwachen auftreten, wie es angeboten wurde?

Die Mahnwachen selbst machten die Diskussion und Entscheidung nicht gerade einfach, da sich auch Rechtsextreme dort tummelten. Inzwischen grenzen sich örtlich die Mahnwachen von rechten Positionen, Personen und Gruppen ab. (In Berlin hat sich deshalb eine zweite gegründet.)

Eines ist deutlich: Die Mahnwachen sind eine politisch unerfahrene Bewegung mit z.T. sehr diffusen Vorstellungen. Jede junge und politisch diffuse Bewegung braucht auch ihre Zeit, um sich zu sortieren, einen Klärungsprozess durchzumachen. Warum wird ihr nicht mal das zugestanden bzw. warum werden positive Veränderungen nicht mal wahrgenommen?

Klassischerweise müsste dies eine Herausforderung für linke Kräfte in der “alten” Friedensbewegung sein, um ihre langjährigen politischen Erfahrungen und Expertise mit den neu Hinzukommenden zu teilen und Aufklärungsarbeit zu leisten. Einige in der “alten” Friedensbewegung ziehen es vor, in ihrem Biotop zu bleiben, sich von den Neuen zu distanzieren oder sie zu diffamieren.

Die Kampagne gegen die „Mahnwachen für den Frieden“ wurde von Antideutschen losgetreten

Ohne hier auf die Einzelheiten eingehen zu können: Ausgelöst wurde die Kampagne gegen die Friedensmahnwache durch die bekannte “Antideutsche” Jutta Ditfurth. Bezeichnenderweise gab ihr das öffentlich-rechtliche Fernsehen (3sat) zu bester Sendezeit die Gelegenheit, um mit Halbwahrheiten und Deformationen den “Beweis” zu liefern, dass die Friedensmahnwache eine “neurechte” Veranstaltung sei.

Es kursierten und verbreiteten sich im Schneeballeffekt des Internets Zusammenstellungen von Zitaten, die verkürzt oder völlig aus dem Zusammenhang gerissen “Beweise” gegen die bekannten Köpfe der Mahnwachen liefern sollten, allen voran gegen Ken Jebsen. Die Schlagworte: Antisemitismus, Verschwörungstheorie und Querfront.

Vorsichtige gemeinsame Aktionen treffen auf eine unübliche Koalition von Gegnern

Im Mai letzten Jahres hatte eine beachtliche Gruppe von Vertretern aus der “alten” Friedensbewegung zur “solidarischen Auseinandersetzung mit den Montagsmahnwachen” aufgerufen und erklärten u.a. *“Wir erkennen an, dass soziale Bewegungen, die organisch entstehen, in sich die Widersprüchlichkeit tragen, die aus der Widersprüchlichkeit ihrer Gesellschaft entsteht. Unabhängig von der Problematik einzelner Akteure oder Gruppen, macht man es sich zu einfach, die Bewegung selbst mit einem exkommunizierenden Bannstrahl zu versehen.”*

Inzwischen sind an einigen Orten “alte” und “neue” Friedensbewegung Aktionsbündnisse eingegangen. In Berlin kam es über die Initiative “Friedenswinter 2014/15” zur ersten gemeinsamen Demonstration am 13. Dezember.

Den Aufruf zu dieser Demonstration hatten neben vielen aus der traditionellen Antikriegsbewegung und einzelnen Abgeordnete der Linkspartei auch drei Vertreter der Montagsmahnwachen unterschrieben. Das allein war für nicht wenige aus der “alten” Friedensbewegung der Grund, sich zu distanzieren, obwohl sie mit dem Inhalt des Aufrufs einverstanden waren.

Wohl selten gab es eine derartige Diffamierungskampagne im Vorfeld einer Friedensdemonstration wie zu dieser (es sei eine Demonstration von “Rechtspopulisten”, “Nationalisten”, “Antisemiten” etc.) Viele, die sonst zu Friedensdemonstrationen kommen, ließen sich einschüchtern und blieben weg. Viele neue Gesichter waren hinzugekommen. In Heidelberg scheinen die Mobilisierungsmethoden der Mahnwache (obwohl sie selbst zahlenmäßig unbedeutend ist) gewirkt zu haben. Die Teilnehmerzahl war mit 800 Demonstranten ein Mehrfaches der üblichen. Die

Demonstration in Berlin war nicht nur doppelt so groß wie die größten in den letzten Jahren. Sie war auch eindeutig antifaschistisch geprägt.

Der Vorstand der Partei Die Linke hatte sich schon im letzten Mai offiziell von den Mahnwachen distanziert. Gleich nach der Demonstration am 13. Dezember fasste die Linksfraktion im Bundestag einen Beschluss gegen jede finanzielle Unterstützung für künftige Veranstaltungen an denen Organisatoren der Mahnwachen teilnehmen. Es ist ja auch bezeichnend, dass dieser Beschluss von jenen Kräften betrieben wurde, die sich eher Gedanken machen, wie Partei und Fraktion ihre eventuelle Zustimmung zu Kriegseinsätzen vor ihren Wählern rechtfertigen können.

Eine Linkspartei auf Kurs Richtung Regierungskoalition mit Kriegsparteien hat natürlich kein Interesse an einer mächtigen Friedensbewegung.

Die Diffamierungskampagne gegen die Friedensmahnwachen wird von einer unüblichen Koalition getragen: Von den Kriegstreibern und ihren Medien, über linke oder linksliberale Gruppen und Organisationen, bis hin zu Teilen der Linken und selbst der DKP. Das sollte eigentlich zu Denken geben.

Diffamierungskampagne à-la FBI und Gesinnungsprüfung à-la McCarthy

Die Kampagne gegen die Mahnwachen erinnert in ihrer Art sehr an den “geheimen Krieg”, den das FBI unter der Bezeichnung Cointelpro gegen die Opposition in den USA geführt hatte. 1975/76 veröffentlichte ein Senatsausschuss die Untersuchungsergebnisse über die Verschwörung gegen die Kommunistische Partei, die Bürgerrechts- und die Antikriegsbewegung in den USA.

Von den vielen Methoden des FBI, die ans Tageslicht kamen, sei hier nur eine erwähnt: “Maßnahmen zur Förderung von Uneinigkeit und Streit”. Nicht nur nutzte das FBI bestehende Auseinandersetzungen, um sie anzufeuern bis zur Unversöhnlichkeit. Das FBI produzierte und entstellte Aussagen für entsprechende Diffamierungskampagnen. Es gab noch kein Internet. Der “shit storm” lief damals noch über Telefon, Postsendungen und Leserbriefe.

Der Streit in der Opposition wurde auch durch dort eingeschleuste FBI-Agenten und IMs geschürt. Mit seinen “Maßnahmen zur Förderung von Uneinigkeit und Streit” war das FBI besonders erfolgreich in der Black Panther Party.

Dass deutsche und ausländische Geheimdienste ein Interesse daran haben, alles zu tun, um eine große Friedensbewegung gerade in einem Schlüsselland wie Deutschland zu verhindern, liegt auf der Hand.

Auch wenn die Anfänge der Montagsmahnwachen und die Beteiligung von Rechten und obskuren Leuten Skepsis auslösen musste, ist die Heftigkeit und die unehrliche Art und Weise der Kampagne gegen sie – die von Teilen der “alten” Friedensbewegung unisono mit den Kriegshetzern in den Medien geführt wird – erschreckend. Das hat auch Züge einer Hexenjagd à la McCarthy.

Wir kritisieren die Methoden der Kriegstreiber USA/NATO in den internationalen Beziehungen: Diffamierungen, Unterstellungen und die Verweigerung eines fairen Dialogs. Derartige Methoden haben in der Auseinandersetzung mit den Mahnwachen nun auch Einzug gehalten in die Reihen der “alten” Friedensbewegung. Wie will die Friedensbewegung glaubwürdig sein, wenn sie derartige Methoden selbst anwendet?

Einige in der “alten” Friedensbewegung reagieren, als ginge es um die Verteidigung eines abgesteckten Territoriums, als sei die Friedensbewegung Eigentum der traditionellen Organisationen, als müssten neue Kräfte um Eintritt bitten und erstmal eine Gesinnungs- und Motivationsprüfung durchlaufen, einen TÜV sozusagen.

Wer will sich anmaßen zu entscheiden, ob und ab wann die Motivation derer, die einen Aufruf zur gemeinsamen Antikriegsaktion unterschreiben “koscher” ist oder nicht? Und welcher Maßstab soll angelegt werden, wenn wir innerhalb der “alten” Friedensbewegung schon so unterschiedliche Maßstäbe haben?

Auch in der “alten” Friedensbewegung waren und sind sich nicht alle sympathisch oder “koscher” aus unterschiedlichen Gründen. Vor allem aber: Friedensbewegung vereint immer Kräfte mit unterschiedlichsten Weltanschauungen, mit mehr und weniger politischer Erfahrung. Das führt oft zu heißen (und notwendigen) Auseinandersetzungen, aber das

hat uns noch nie gehindert einen Minimalkonsens zu erstreiten, um gemeinsam zu handeln.

Gegen die Mahnwachenleute wird argumentiert, diese definierten sich als “weder rechts noch links”. Das hätte den Geruch einer “Querfont”. Hier wird etwas vergessen: Die jüngeren Generationen, grob gesagt, jene die erst nach 1990 politisiert wurden, sind mit einer Schwierigkeit konfrontiert, die die Älteren unter uns nicht in dem Ausmaß erlebt haben. Die Fronten zwischen Links und Rechts waren früher eindeutiger. Was als “links” gilt, ist heute bis zur Unkenntlichkeit verwischt.

Wie können wir z.B. von jüngeren, unerfahrenen Teilnehmern der Mahnwachen erwarten, dass sie sich als links definieren, wenn in einer Linkspartei Transatlantiker führende Rollen spielen und Positionen vertreten werden, wie die von BAK-Shalom? Oder wie kann man von ihnen erwarten, dass sie sich links einordnen, wenn sie ständig “von links” diffamiert werden?

Die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa stellt die Friedensbewegung vor eine große Herausforderung

Die Kriegsgefahr hat nicht abgenommen, sondern sie wächst. Durch das ständige Anheizen des Konflikts vor allem seitens der USA besteht inzwischen die Gefahr einer Eigendynamik bis hin zum Atomkrieg.

Bei den Mahnwachen treffen sich Menschen, die die Sorge um den Frieden eint und die soweit politisiert sind und sich selbst informieren, dass sie der Regierung und den Herrschaftsmedien nicht mehr trauen und sie hinterfragen. Dass dort auch rechte Kräfte versuchen, Einfluss zu gewinnen ist ein ganz normaler Vorgang. Normal für Linke ist allerdings nicht, dass sie so etwas wie ein moralisches Kontaktverbot ausgeben.

Die Abwesenheit, Schwäche oder das politische Versagen der Linken schafft immer und überall ein Vakuum, das Rechte nutzen können. Es geht also nicht darum – wie Monty Schädel von der DFG-VK in der jW behauptet – dass sich einige Leute aus der “alten” Friedensbewegung die Frage stellen, “ob man nicht auch mal nach rechts blicken solle”. Es ist ureigenste Aufgabe der linken Kräfte, das Feld nicht den Rechten zu überlassen!

Konstruktive Auseinandersetzung miteinander und die gemeinsamen Aktion führt zu neuen Erfahrungen und Erkenntnissen. Das galt und gilt nicht nur innerhalb der “alten” Friedensbewegung, das gilt auch im Dialog und in gemeinsamen Aktionen mit der “neuen”.



Anstelle von Pauschalisierungen und Diffamierungen, muss die jeweils notwendige faire politische Auseinandersetzung treten. Nur so können wir den Kriegstreibern in Politik und Medien einen Strich durch die Rechnung machen in ihrem Bemühen, die Antikriegsbewegung zerstritten, klein, unbedeutend und ineffektiv zu halten.

Wenn nun – wie in der jW behauptet wird – der Friedenswinter gescheitert ist und jegliche Zusammenarbeit mit den Mahnwachen aufhören muss, dann wird vergessen, dass es sich hier nicht nur um einen Versuch über einen bisher sehr kurzen Zeitraums handelt, sondern dass die Aktiven dabei auch permanent einer üblen Gegenkampagne ausgesetzt waren. Ob die Form des Aktionspakets “Friedenswinter” die richtige war, darüber muss

Ostermarsch 2015 in Berlin diskutiert werden, aber solidarisch und konstruktiv.

Einige in der “alten” Friedensbewegung stellen mit Häme fest, dass die Mahnwachen zahlenmäßig enorm abgenommen haben. Hier wird vergessen, dass zwar nicht die Kriegsgefahr aber das Gefühl einer unmittel-

Freidenker zwischen Havel und Oder

telbaren Bedrohung, wie im letzten Frühjahr, bereits im Herbst abgenommen hatte. Das wirkte sich erheblich auf jede Mobilisierung aus. (Auch die Teilnehmerzahl an den von unserer Friedenskoordination organisierten Ukraine Demonstrationen hatte zwischen dem 31. Mai und 4. September deutlich abgenommen.)

Außerdem: Viele von uns wussten von vorneherein, dass die Annahme der Organisatoren der Mahnwachen, dass man über einen großen Zeitraum jeden Montag genug Menschen mobilisieren kann, eine Illusion ist.

Trotz aller beschriebenen Probleme haben die Mahnwachen gezeigt, dass es ein neues Potential gibt, das sich gegen die Kriegstreiberei mobilisieren lässt, das von der "alten" Friedensbewegung bisher nicht erreicht wurde.

Rainer Braun, einer der Organisatoren des Friedenswinters hat auf Folgendes – meiner Ansicht nach – sehr Wichtiges hingewiesen:

“Ein besonderes Gefahrenpotential für die politische Klasse liegt in einer Verbindung zwischen den Mahnwachen mit ihrer Aktionsbereitschaft und Internet-Kompetenz und der traditionellen Friedensbewegung mit ihren analytischen und strategischen Kompetenzen. Daraus kann eine neue massentaugliche Protestbewegung mit eigenen Kommunikationskanälen resultieren, die viel mehr Menschen zu klaren unmissverständlichen Friedenspositionen mobilisiert. Ein Graus für alle Kriegsbefürworter, gerade in dieser Zeit der ideologischen und faktischen Aufrüstung, aber auch eine Gefahr für die Besitzer traditioneller Medien, die derzeit massiv an Glaubwürdigkeit in der Gesellschaft verlieren.”

Dabei sollte grundsätzlich beachtet werden, dass die Friedensbewegung keine einheitliche Organisation ist. Verschiedene Organisationen und Gruppen beschließen lokal gemeinsame Aktionen und bilden auch Netzwerke, die aber die Unterschiede der einzelnen Teile respektieren.

Wir müssen uns endlich klar werden, was wir wollen. Negieren wir die wachsende Kriegsgefahr und begnügen uns weiterhin mit oft nur symbolischen Aktionen und Demonstrationen, die nur darauf ausgerichtet sind "Flagge zu zeigen", schöne Fotos ins Internet zu stellen und uns selbst zu agitieren. Oder erkennen wir die Dringlichkeit einer Mobilisierung zwischen Havel und Oder

sierung gegen die wachsende Kriegsgefahr, die Mobilisierung aller Antikriegskräfte, eine Mobilisierung, die einschließt und nicht ausgrenzt, um so mächtig zu werden, dass sie tatsächlich den notwendigen politischen Druck ausüben kann um der Kriegstreiberei Einhalt zu gebieten.

Die Antikriegsbewegung ist keine Bewegung von Gleichgesinnten. Sie ist auch keine linke Bewegung per-se, aber Linke in ihr tragen eine besondere Verantwortung

Der Redakteur der jW, der die Friedensbewegung für tot erklärte, hofft nun, dass die “organisierte revolutionäre Bewegung” wenigstens einen Kern an Erfahrung rettet.

Es ist höchste Zeit, aus der Geschichte der Antikriegsbewegungen zu lernen. Die Erfahrungen – nicht nur hierzulande – haben nämlich immer wieder gezeigt, dass die Friedensbewegung immer nur dann erfolgreich war, wenn es ihr gelang, Ausgrenzungen zu vermeiden und Menschen mit unterschiedlichsten weltanschaulichen Positionen hinter ihren Forderungen zu vereinen.

Die Friedensbewegung ist eine Bewegung derer, die EINES gemeinsam haben: Sie sind gegen Krieg und wollen dagegen aktiv sein.

Dazu – und weil wir hier im Marx-Engels-Zentrum sind – möchte ich an den VII. Kongress der Kommunistischen Internationale 1935 in Moskau erinnern. Der Kongress betonte, dass im Kampf gegen den Faschismus und den drohenden Krieg Unterschiede und Widersprüche im Lager der eigenen Bourgeoisie und zwischen den kapitalistischen Staaten erkannt und genutzt werden müssen, und dass es gilt eine breitest mögliche Einheitsfront gegen den Krieg herzustellen.

Unter seinem Pseudonym Ercoli hielt der italienischen Kommunist Palmiro Togliatti ein Referat, aus dem ich hier nur bruchstückhaft zitiere (ohne den Sinn zu entstellen):

“Unsere grundlegende politische Aufgabe im Kampf für den Frieden gegen den imperialistischen Krieg (...) besteht in der Schaffung der breitesten Einheitsfront. (...) [Wir] stehen vor der Aufgabe, alles Erforderliche zu unternehmen, um zum Kampf für den Frieden alle zu sam-

mein, die den Krieg nicht wollen, alle, die den Krieg hassen, alle, die bereit sind, für den Frieden zu kämpfen. (...)

(...) Das Bewusstsein der Schrecken des Krieges (...) ruft vom pazifistischen Gesichtspunkt aus den Widerstand immer größerer Schichten hervor. (...) Wir (...) verstehen die Bestrebungen dieser pazifistisch gestimmten Massen und würdigen sie nach Gebühr, selbst wenn sie sich manchmal noch in einer naiven und politisch unrichtigen Form äußern.”

Togliatti ruft dazu auf, unter ihnen Aufklärungsarbeit zu betreiben um mit ihnen *“eine wirksame Schranke gegen den Krieg”* zu werden. (...)

Wir müssen stets zwei Umstände im Auge behalten: 1. dass die Organisation der pazifistischen Massen keine kommunistische Organisation sein kann und darf, und 2. dass die Kommunisten, die in dieser Organisation arbeiten, niemals darauf verzichten dürfen, ihre Ansichten über alle Probleme des Kampfes gegen den Krieg mit der größten Geduld und Beharrlichkeit auseinanderzusetzen. (..)”

Man muss kein Kommunist sein, um diese Notwendigkeit zu sehen und auf die heutige Situation anzuwenden.

*Doris Pumphrey ist langjährige Antikriegsaktivistin und heute engagiert in der Friedenskoordination Berlin

Potsdamer Runde am 07. Mai 2015

Mandarin in Potsdam (Bäckerstr./Lindenstr.)

19.00 Uhr smal-talk und Essen

20.00 Uhr Vortrag mit Filmbeiträgen, Diskussion

Das Massaker von Odessa



114 Menschen wurden im Gewerkschaftshaus von Odessa **Opfer eines inszenierten Massakers**. Es ist unangenehm, über diese Grausamkeiten zu erfahren. Aber noch unangenehmer ist es, wenn durch Schweigen und Wegschauen die Täter und ihre Freunde und Förderer im Hintergrund weiteres Leid verursachen können, bis hin zu Krieg und Chaos in ganz Europa.

Mit Oleg und Alexander kommen zwei Augenzeugen.

Naturfreunde und Freidenker gemeinsam bei der Menschenkette gegen TTIP



Brandenburgischer Freidenker-Verband e.V.

Konto IBAN DE91 1605 0000 3503 3158 10
bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam
(BIC: WELADED1PMB)

Ralf Lux, Willy-A.-Kleinau-Weg 28, 14480 Potsdam,
Telefon (0331) 2797269 (AB), Fax 27972699

Ulf Rassmann, Fürstenwalder Weg 30, 15711 Königs Wusterhausen
Jens Oldenburg, Kantstr. 29, 14471 Potsdam, Telefon (0174) 4605047

E-Mail vorstand@brandenburger-freidenker.de

Web <http://www.brandenburger-freidenker.de> .